

Bezugspreis:

Vertriebspreis 20.- Pf., monatlich 10.- Pf.,
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezugs monatlich 10.- Pf., zzgl. Post-
gebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.50 Pf.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmaliger Zustellung 21.50 Pf. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, -rußland, Schweden
und die Schweiz. - Einzahlung in
die Post-Zulassungs-Verwaltung.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntag-
beilage „Voll u. Reiz“ erscheint wochent-
täglich zweimal, Sonntags und Fest-
tagen einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Montag, den 31. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

Der Reichstag vertagt sich.

Erklärung des Außenministers.

Zu Beginn der heutigen Reichstags-Sitzung machte Reichs-
minister Dr. Simons die Mitteilung, daß die Pariser Beschlüsse
durch Fernschreiber hier eingegangen seien. Es sei nicht seine Auf-
sicht, jetzt schon auf ihren Inhalt einzugehen, da dieser noch der
Beschlusfassung des Kabinetts unterliege. Es handelt
sich um eine Note mit zwei Anlagen von außerordentlichem Umfang.
Die erste Anlage betreffe die Entwaffnung, die zweite die Repara-
tionen. Während von den Entschlüssen über die Entwaffnung
gesagt wird, daß sie endgültig seien, heißt es von jenen über
die Wiedergutmachung, sie seien Propositionen. Es wird
aber mit Nachdruck hinzugefügt, daß sie einstimmig gefaßt
seien. Deutschland werde eingeladen, Ende Februar qualifizierte
Vertreter zu ihrer Beratung zu entsenden.
Der Minister schlägt vor, auf die Tagesordnung der morgigen
Reichstags-Sitzung ausschließlich die Frage der Pariser Be-
schlüsse zu setzen. Hierauf wird im Sinne der Ausführungen des
Ministers vertagt beschlossen. Nächste Sitzung morgen 4 Uhr
nachmittags.

Paris, 31. Januar. (E.E.) Die Entscheidung der
alliierten Mächte wurde gestern mit einem Begleitschreiben
Vatians dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Herrn
v. Mutius, übergeben.

Die interessanteste der neuesten Meldungen aus Paris ist
die, daß die „Sicherungen“ des neuen Abkommens Deutsch-
land nicht zur Annahme vorgelegt werden sollen. Diese
„Sicherungen“ sind bekanntlich: 1. Hinausschiebung der
Räumungsfristen, 2. Besetzung neuen deutschen
Gebiets, 3. besonderes Zollregime in den
Rheinländern, 4. Nichtaufnahme in den Völkerbund.
Punkt 1 und 4 entsprechen dem Vertrag, 2 und 3 widersprechen
ihm. Das besondere Zollregime in den Rheinländern ist weiter
nichts als Beginn ihrer Annexion durch Frankreich, Besetzung
neuen deutschen Gebiets ist kriegerischer Ueberfall auf wehr-
loses Land, also Vernichtung, nicht Ausführung des Friedens-
vertrages. Indem die Entente auf die Annahme dieser „Siche-
rungen“ durch Deutschland verzichtet, gibt sie zu, daß keine
deutsche Regierung sie als berechtigt anerkennen kann. Die
faktische Anwendung der „Sicherungen“ kann nur im allge-
meinen Einverständnis der Alliierten erfolgen, nicht durch
eigenmächtigen Entschluß eines von ihnen.

Die Stellung der deutschen Regierung zu den Forderungen
der Entente dürfte danach klar sein. Entwaffnung ja! Wieder-
gutmachung ja, soweit sie möglich ist. Ueber die Grenzen des
Möglichen wird am 7. Februar in Brüssel, am 28. in London
zu reden sein. Für Forderungen, die darüber hinausgehen und
der Verzicht, ihre Erfüllung zu erzwingen, muß der anderen
Seite die Verantwortung überlassen bleiben.

Ein Begleitschreiben Briand's.

Paris, 31. Januar. (W.A.) Das Begleitschreiben
Briand's zu den Beschlüssen der Konferenz erinnert daran, daß
die alliierten Regierungen dadurch, daß sie zu wiederholten Malen
in eine Verlängerung der Fristen für die Entwaffnung eingewilligt
hätten, den Schwierigkeiten Rechnung getragen hätten, auf
die die deutsche Regierung bei der Ausführung der ihr aus dem
Friedensvertrag obliegenden Verpflichtungen gestoßen sei. Die
Alliierten geben der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung
sie nicht in die Notwendigkeit versetzen werde, von neuem die
ernte Lage ins Auge fassen zu müssen, die dadurch geschaffen
werden würde, wenn Deutschland neuerdings gegen seine Verpflich-
tungen verstöße. Sie bestätigen deshalb ausdrücklich alle ihre
früheren Entschlüsse. Das Begleitschreiben weist sodann darauf
hin, daß bevollmächtigte Vertreter der deutschen
Regierung zu einer Konferenz mit den alliierten Vertretern
nach London auf Ende Februar eingeladen werden.

Diesem Schreiben folgt eine Note, die die Schlussforderungen in
der Entwaffnungsfrage mittelt, die die Konferenz gut-
geheißen hat und die bereits bekannt sind. Bezüglich der Repara-
tionsfrage befragt das Schreiben, daß die Verbündeten einmütig
eine Lösung beilligt hätten, die die Folgen der Verpflichtungen,
die durch die verschiedenen Artikel des Friedensvertrages auferlegt
würden, nach den bereits bekannten Vorschlägen regelt.

Wie die Morgenblätter mitteilen, ist dem Abkommen der Pariser
Konferenz auf Antrag von Briand ein Vorwort vorangestellt
worden, in dem es heißt, die Alliierten betrachteten die erzielte enge
Vereinigung als die sicherste Bürgschaft für den Weltfrieden
und für die Ausführung der Verträge, unterstützt durch die Achtung
vor den getroffenen Abmachungen und den festgesetzten Sanktionen.

Forderungen.

Paris, 31. Januar. (W.A.) Der diplomatische Mitarbeiter
der Agentur Havas sagt, daß im Laufe des gestrigen Abends
Deutschland folgender Beschluß mitgeteilt wurde:

Hinsichtlich der Entwaffnung Deutschlands wurde der Be-
richt des Marschalls Hoch etwas geändert. Deutschland muß danach
seine Befehlsgebung den Vereinbarungen des Friedensvertrages an-
passen, die überzähligen Offiziere vor dem 28. Februar

entlassen, die Bürgerwehr vor dem 30. April entwaffnen, die
im Bau befindlichen Kriegsschiffe, sowie alle Unterseeboote vor dem
31. Juli zerstören, die im Jahre 1919 zerstörten Zeppeline ersetzen,
darauf verzichten, eine Lustpolizei zu bilden und die alliierte Des-
tination annehmen, indem es die Zivil- von den Militärflugzeugen
unterscheidet.

Die Abkommen der Alliierten betreffend die Reparation
werden der Reparationskommission mitgeteilt werden, welche die
deutsche Ausfuhr überwachen wird. Deutschland wird
den Alliierten entsprechend den ihnen zufallenden Anteilen Gut-
scheine für die Jahresraten geben. Die vorgesehene Maßregeln
bestehen vor allem in der Besetzung neuer Gebiete, Verlängerung
der Besetzung der Rheinlande und Ausschließung Deutschlands vom
Völkerbund. Die Prämie von 2 Goldmark (?) pro Tonne guter
Kohle wird aufrecht erhalten.

Lloyd George über die Ausfuhrkontrolle.

Paris, 31. Januar. (Havas.) Nach Schluß der Konferenz er-
klärte Lloyd George französischen Journalisten, sein Eindruck von
der Konferenz sei ausgezeichnet. Er habe selten eine Konferenz
besucht, die man mit so allgemeiner Befriedigung verlassen habe,
und das sei sehr gut so, denn wenn man nicht zu einer vollständigen
Verständigung gelangt wäre, wäre das ein wirklicher Unglück ge-
wesen, und nur die Deutschen hätten sich darüber freuen können. Die

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Die in den letzten Wochen erheblich gesteigerte Ar-
beitslosigkeit gab dem Vorstand des Allgemeinen deut-
schen Gewerkschaftsbundes Anlaß, an die Regierung das Er-
suchen zu richten, in einer persönlichen Aussprache mit den
Ministern der beteiligten Ressorts die Frage zu erörtern: Was
kann geschehen, um die Arbeitslosigkeit durch vermehrte
Arbeitsbeschaffung zu mildern?

Die Besprechung mit den Vertretern der Regierung fand
am 30. Januar statt. Es nahmen daran teil die Vertreter
aller Gewerkschaftsgruppen, der politischen Parteien und von
der Regierung die Minister, die hauptsächlich mit der Ver-
gebung von Arbeiten und mit der Arbeitslosenfürsorge in
enger Verbindung stehen. Ferner war von Preußen ein
Vertreter des Landwirtschaftsministeriums anwesend.

Zur Begründung ihrer Anforderungen wurde von Ver-
tretern des Gewerkschaftsbundes darauf hingewiesen, daß in
den Vordergrund des Interesses die Belebung des Bau-
marktes steht. Es sei ganz unmöglich, daß der gegenwärtige
Zustand weiter aufrechterhalten wird, es müsse die Finan-
zierung der Wohnhausbauten gelöst werden. Denn
ohne eine Unterstützung würde auch in diesem Jahre die
Bautenjunktur keine nennenswerte Aufwärtsbewegung er-
fahren.

In enger Verbindung damit steht die Aufwendung aus
öffentlichen Mitteln für die Reparatur von Häusern.
Auch hier würde reichliche Arbeitsgelegenheit besonders für
das Kleingewerbe geschaffen. Es sei in hohem Maße zu be-
dauern, daß der Wohnungsbau in den Bergwerksbezirken
nicht die Förderung erfahre, die notwendig ist. Hier könnte,
gestützt auf die Abgabe, die aus dem Verschleiß der Kohle zur
Verfügung steht, in größerem Umfang der Wohnungsbau
betrieben werden, wenn nicht leider eine schwerfällige Organi-
sation die Ausführung des Werk verhindern würde. Das
Arbeitsministerium muß hier durchgreifen und diese Stör-
ungen beseitigen. Baumaterialien seien in genügendem Maße
in diesem Jahre vorhanden, daran kam die Ausführung um-
fangreicher Wohnhausbauten nicht mehr scheitern.

Ferner komme in Betracht, daß die Eisenbahn und
Post mit größeren Aufträgen herauskommt. Daß in diesen
beiden großen Verkehrsunternehmen das Bedürfnis nach
Reuanschaffung vorhanden ist, kann keinem Zweifel unter-
liegen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen muß aller-
dings gefordert werden, daß die Industrie die hohen Gewinne,
die sie bisher bei den Kalkulationen in Ansatz gebracht hat,
ausmerzt. Zurückzugreifen wäre auch auf größere Aufträge
für die Notstandsversorgung und eine weitere Fortführung
des von den Gewerkschaften vermittelten Wareneinkaufs, um
unter Ausschaltung aller Zwischenstufen direkt dem Konsum-
menten die Ware zuzuführen.

Das Preussische Landwirtschaftsministerium muß sofort
die in Aussicht genommene Kultur von Moorboden
und Oedländerereien in größerem Umfang in Angriff
nehmen, damit auch hier Arbeitslose beschäftigt werden
können. Für alle diese Aufwendungen muß mehr oder
weniger der Fond für die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch
genommen werden.

Die Besprechung ergab, daß bisher ungefähr ein Auf-
wand von 2 1/2 Milliarden Mark aus Mitteln des Reiches,
der Freistaaten und Gemeinden für Arbeitsbeschaffung ver-
wandt worden ist. Auf diese Art sind 200 000 Arbeiter vier
Monate lang in Beschäftigung gelangt.

Dem Ministerium der Eisenbahn wurde erklärt, daß
Mittel zur Verfügung stehen und auch noch angefordert
werden, um sehr erhebliche Aufträge, die insgesamt
bis auf 16 Milliarden gesteuert werden könnten, her-
auszugeben. Ähnlich lautete die Antwort des Postministers,
der eine große Zahl von sehr umfangreichen dringenden Ar-
beiten vorführt, die ausgeführt werden müssen. Es würde
fernerhin zugesagt, für den Wohnungsbau in den Bergwerks-
bezirken eine bessere Regelung in die Wege zu leiten; auch die
Notstandsversorgung und der Wareneinkauf wird weiter ge-
fordert werden.

Es wurde weiter betont, daß die gegenwärtige Krise uns
auch wieder einen gesteigerten Anreiz geben müsse, den Ex-
port zu beleben. Allerdings drohen uns hier die Ab-
gaben, die die Entente für die Ausfuhrwaren fordert. Eine
solche Abgabe muß geradezu zur Vernichtung der
Exportmöglichkeit der deutschen Industrie führen.

In der Besprechung trat eine Uebereinstimmung von allen
Seiten in bezug auf die gegebenen Anregungen hervor. In
der Ausführung ist das Programm sehr abhängig von der Zu-
stimmung des Finanzministeriums, das allerdings eine ge-
wisse Zurückhaltung geübt hat und von dem man nicht gerade
annehmen darf, daß es reiflos alle die hier gestellten Anfor-
derungen bewilligen wird. Indes das wird Aufgabe des Parla-
ments sein, dem Berlangen den nötigen Nachdruck zu geben.
Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gibt es kein besseres
Mittel, als die Förderung der Anforderungen, die hier in
kurzen Umrissen geschildert sind; sie bedeuten zugleich auch
eine Erstarung unseres gesamten Wirtschaftslebens.

Oberschlesier!

Wer seinen Stimmzettel

nicht so rechtzeitig bei der nächsten
Ortsgruppe der Vereinigten Ver-
bände heimatstreuer Oberschlesier
einreicht, daß er bis zum

3. Februar

bei dem paritätischen Gemeinde-
Auschuß in Oberschlesien vorliegt

versündigt sich am Vaterlande!

Deutschen würden allerdings nicht so recht mit dem Ergeb-
nis der Konferenz zufrieden sein, fürchte er. Argendwelche
Schwierigkeiten für die Erhebung und Kontrolle der Ausfuhrzölle
fürchte er keineswegs, es stünde den Alliierten mehr als ein Mittel
zur Verfügung, um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, falls sie
austauschen sollten, vor allem die Zollkontrolle, die sie einrichten wür-
den. Diese Kontrolle werde allerdings durch einen deutschen Be-
amten ausgeübt werden, aber die Ernennung dieses Beamten werde
nur unter Zustimmung der Reparationskommission erfolgen können,
die jeden Augenblick seine Abberufung fordern könne.

Ueber die militärischen und nichtmilitärischen Zwangsmaßnahmen
erklärte Lloyd George, man müsse sich wohl davor hüten, die Kon-
trolle der deutschen Zölle, die keinerlei Zwangs-
maßnahme sei, mit der Einrichtung eines direkten
Zollregimes durch die Alliierten zu verwechseln, was natürlich
eine Zwangsmaßnahme wäre. Man habe es vermieden, den
Ausdruck „Beschlagnahme“ zu gebrauchen, wie man überhaupt ganz
allgemein zu vermeiden gesucht habe, was die deutsche
Empfindlichkeit verletzen könnte. Es sei den Alliierten
nicht daran gelegen, die Deutschen zu erniedrigen, sondern daran,
in den Besitz ihrer Forderungen zu gelangen.

Lloyd George wies noch besonders darauf hin, in welchem Geist
die vorgesehene Zwangsmaßnahmen zur Anwendung kommen
sollten. Die Alliierten seien sich vollkommen darüber einig, daß man
sie nicht leichtfertig zur Anwendung bringen dürfe.
Man werde mit anderen Worten Deutschland nicht gleich wegen jedes
leichten Verstoßes mit der Anwendung dieser Maßnahmen drohen,
sondern diese Maßnahmen würden in ihrer Gesamtheit nur zur An-
wendung gelangen, wenn die Alliierten es für nötig hielten.

Die Pariser Beschlüsse.

Briand über die Zwangsmassnahmen.

Genf, 31. Januar. (Frk. Ztg.) Briand hat am 29. Januar abends den Berichterstattern der französischen Presse lange Anweisungen gegeben zur Beurteilung der Konferenzbeschlüsse und er hat dabei betont, daß diese Beschlüsse der Reichsregierung notifiziert werden, mit Ausnahme der Liste über die Zwangsmassnahmen, die in Aussicht genommen seien für den Fall, daß Deutschland die Bedingungen der Abrüstung und der Entschädigung nicht erfüllt. Die Durchführung derartiger Zwangsmassnahmen sei lediglich Sache der Alliierten und es wäre nicht korrekt, sie der Regierung des Deutschen Reiches zu notifizieren, so lange ihre Anwendung nicht in Frage komme. Briand erklärte ferner: Deutschland ist keineswegs gezwungen, die Beschlüsse der Alliierten, die ausdrücklich als endgültige Richtlinien bezeichnet werden, bezüglich der Reparationen anzunehmen. Im ablehnenden Falle greift der Vorkauf des Friedensvertrages und das Diktat der Reparationskommission Platz. Bezüglich der Exportprobleme ist nicht eine direkte Belastung der Industrie beabsichtigt, sondern ein entsprechendes Anzeigen der deutschen Gesamterpflichtungen. Neue Lieferungen werden verrechnet. Die angesichts des günstigen Verlaufes der Brüsseler Konferenz doppelt berechnete Erregung über den schweren Rückschlag darf die höchste Prüfung der heutigen Lage, politisch und wirtschaftlich, nicht verhindern, um die Möglichkeiten abzuschätzen zu können. Jedenfalls ist angesichts der herrlichen Stimmung und des englischen Nachgebens eine sorgfältige Behandlung aller Fragen notwendig, um keine akuten Gefahren zu schaffen.

Aus Höflichkeitsgefühl . . .

Paris, 31. Januar. (W.Z.) In dem offiziellen Haavas-Kommunique über die Pariser Beschlüsse heisst es: Die Alliierten haben schon jetzt unter sich die Massnahmen festgesetzt, die eventuell angewendet werden sollen, im Falle daß Deutschland sich weigern würde, loyal und lückenlos seine Verpflichtungen auszuführen, die sich auf die Reparationen und auf die Entlohnung erstrecken. Aus Höflichkeitsgefühl und von der Hoffnung erfüllt, daß Deutschland aus sich selbst heraus seinen Verpflichtungen nachkommen werde, haben die Alliierten gefaßt, in diesem Augenblick diese Bestimmungen in Berlin nicht notifizieren zu lassen.

„Mehr Heiterkeit als Eindruck.“

London, 31. Januar. (W.Z.) Die Beschlüsse der Pariser Konferenz finden in der Presse allgemeine Zustimmung, vor allem wegen des Beweises der Unverbrüchlichkeit der Entente. Alle Blätter heben hervor, daß die Zustimmung Deutschlands abgewartet werden muß. Sie veröffentlichen Telegramme ihrer Berliner Korrespondenten, in denen die geschlossene Front der deutschen Presse vom „Reichsboten“ bis zum „Vorwärts“ gegen die Annahme der Pariser Beschlüsse und die unter dem Publikum herrschende Erregung über die Beschlüsse der Pariser Konferenz dargestellt wird, die Blätter bringen auch Berichte ihrer Korrespondenten in Amerika, aus denen hervorgeht, daß man dort der Ansicht ist, daß die von den Alliierten geforderte Entschädigung zu hoch ist.

„Oberver“ schreibt in einem Beitrag, daß das Uebereinkommen zur Stabilisierung der unmittelbaren Lage beitragen würde, nennt aber die auf 42 Jahre festgesetzte Frist für die Entschädigungszahlung phantastisch. Die Tatsache, daß die Ergebnisse von 1903 nicht nur vorausgesetzt, sondern sogar vorgeschrieben werden, erweckt mehr Heiterkeit als Eindruck. Das Blatt veröffentlicht eine Kundgebung Lord Robert Cecil's zu dem vom Obersten Rat erzielten Uebereinkommen, worin er erklärt, irgendeine Lösung sei besser als gar keine.

Die Pariser Presse „befriedigt“.

Paris, 31. Januar. (W.Z.) Die Morgenpresse zeigt sich allgemein befriedigt vom dem Ergebnis der Konferenz. „Petit Parisien“ schreibt: Frankreich könne nun endlich im Zustand der deutschen Schahbons, deren Höhe mit den Jahresanteilen übereinstimme, distanzieren. In einigen Monaten werde der Wechselkurs überaus verbessert und stabilisiert werden. Man brauche nicht zu befürchten, daß die Deutschen sich weigern würden, die kolossale Rechnung zu bezahlen.

Lebendige Kriegserinnerungen.

Seit zwei Jahren ist der Krieg beendet. Der herrliche Krieg, der große Krampf, wie Wilhelm II. sich ausdrückte. Der Krieg der Rubendürre, wie unerbörten Schwindels, in dem sich die Völker stumpsinnig abschalteten, weil es dem gebietenden Rotoch haben und drüben gefiel. Das Stahlbad dampfte. Die Deutschen babelten bis zum Ersinken, so daß ihnen für lange Jahre noch die Haut schaudern wird.

Schöne Erinnerungen! Siegesfahnen, Glockengeläute, Paraden mit Gefangenen. Hochmächtigen Herren fiel es ein, etwas für die Stimmungsbefestigung der Berliner zu tun. Zu dem Zweck führten Soldaten Mastenzüge durch belebte Straßen. Aufzüge von mancherlei Vertretern englischer, französischer oder sonstiger Truppen. Afrikanische Jäger und Senegalneger, Felsdewel mit fuhrechten Treffen, indische Panzenreiter. Voran schritt jedesmal im wallenden Burnus, Turban auf dem Haupte, geflickte Pantoffeln an den Füßen, ein langgeschossener Wüstensohn, der so etwas wie einen Beduinenschiefel vorstellte. Seht mal, ihr Berliner, was wir alles als Trophäe heranschleppen! Die ganze Welt werfen wir nieder und führen sie am Sklavensack herum! Gott, was sind wir für Kerle!

Glücklicherweise tritt das Angedenken an solche Mähdchen unter der Wirkung der Kriegsnachwehen zurück, bei denen sich die Zähne stumpf beißen. Sonstige erhebliche Arbeit für die Zähne hat ja der größte Teil des Volkes nicht mehr. Die glorreiche Erhebung verdrängt das Brot von Generationen, soweit es nicht zu Gold verdrängt von geschickten Kaufleuten und von patriotischem Ueberchwang triefenden Roffern aufgefangen wurde.

Seit zwei Jahren ist die schimmernde Wehr ins alte Eisen geraten. Wie gut trifft es sich, daß auch heute noch das trinkene Auge unheilbarer Kriegsdeseranten sich am Anblick gefangener Menschen ergötzen kann. Dieser Tage ließen sich in der Nähe des Anhalter Bahnhofes Kriegserbeutete Russen sehen. Zu irgendeinem Zweck von Ort zu Ort befördert. Mittelverregende Gestalten, hager, mit erloschenen Augen. Junge und Alte in grauen Haaren. Söhne, über die am Ufrol arme Mütter weinen, Väter, von ihren Kindern vergessen.

Uebergetretene Bolschewisten, wird der Orgeßmann rufen. Reineswegs. Sie trugen zerfetzte Uniformen, Pelzmützen sibirischer Schützenregimenter, wie man sie nach Tannenberg in Damms sah. Sommerwolle Lieberbleibsel von 1914 oder 1915, die damals wie anderer Länder Kämpfer durch den Befehl wahnwitziger Potentaten aus ihren Hüften gerissen und in die Drahtverhaue gejagt wurden, ohne zu wissen warum. Mit dem Einwand, daß auch deutsche Brüder in gleicher Weise schmachten, ist nichts getan. Wir empfinden

„Deuore“ erklärt, die Entscheidungen der Konferenz richteten in Deutschland eine wahrhafte Follorwundschast zugunsten der Alliierten auf. Man müsse hoffen, daß die Vereinigten Staaten der Konvention ihre Zustimmung gäben, denn ohne ihre Beistandbürgschaft bleibe das Abkommen ein toter Buchstabe; es werde aber ein strenges und gewichtiges Geleß durch Amerika, und dann werde sich Deutschland beugen.

„Liberté“ meint, durch die Exportsteuer sei der französischen Industrie die Möglichkeit wiedergegeben worden, sich zu entwickeln. Sonst hätte sich vielleicht das Gedeihen Deutschlands weiter entwickeln und die französische Industrie mit dem Ruin bedrohen können. Nun seien die Dinge wieder zur normalen Lage zurückgeführt worden.

In der „Action française“ sagt Jacques Bainville, wenn man der Pariser Konferenz auf den Grund gehe, so entdecke man, daß sie für Deutschland ein Regime aufzurichten suche, wie es gegenüber Ägypten, Griechenland und der Türkei in Anwendung gebracht worden sei. Man hätte zu bedenken: Die Alliierten müßten, um bezahlt zu werden, die Geschäfte Deutschlands in die Hand nehmen.

Darf ich Vorsitzender bleiben?

Wir berichteten in unserer Sonntagsnummer über eine in der V.R.P.D. um die Person des Vorsitzenden, Dr. Paul Levi, ausgebrochene Krise. Wir bemerkten, daß Levi es wegen seiner Haltung in der Frage der italienischen Parteispaltung mit Moskau verdoeben habe, und daß man dort daran denke, ihn als Vorsitzenden zu befeitigen. Die „Freiheit“ ist nun in der Lage, ein Schreiben Paul Levis an seine Moskauer Obrigkeit zu veröffentlichen, das unsere Sachdarstellung voll bestätigt. Das Schreiben Levis ist vom 27. Januar datiert und enthält unter a bis h acht Punkte, von denen wir die drei letzten wörtlich zitieren wollen.

f) Ihr Schreiben enthält keine Antwort auf die von mir vorgelegte Frage, wie Ihre Worte:

„Che Sie uns anreisen wollen, werden wir dem zuvorkommen und werden das Schwert gegen Sie ziehen“, zu deuten seien. Ich weiß die Gründe für dieses Stillschweigen zu würdigen.

g) Der Satz unter IIIa Ihres Schreibens verurteilt nur die formelle Seite Ihres Verhaltens gestern. Ich muß daher den materiellen Teil meiner Fragen wiederholen:

„Hält die Exekutive oder ihr deutscher Vertreter meine Entfennung vom Posten als Vorsitzender der Partei für nötig oder auch nur wünschenswert?“

Ich bitte diese Frage nicht ferratianisch, sondern offen zu beantworten. Sie ist so gestellt, daß sie mit ja oder nein beantwortet werden kann.

h) Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, schriftlich folgendes festzulegen:

Ich war am Abend vor meiner Abreise nach Stallen bis 1 Uhr mit Ihnen zusammen. Wir waren damals in unserer Auffassung über Italien einig, und zwar in der Auffassung, die ich vor wie nach dem italienischen Kongreß vertreten habe. Ich glaube, daß Sie sich dieser Tatsache entsinnen werden und möchte für den Fall, daß das nicht zutreffen sollte, im voraus bereits darauf hinweisen, daß Sie eben, weil unsere letzte Besprechung nicht im Einklang stand mit Informationen aus Moskau, die erst nach meiner Abreise eintreffen, mir telegraphisch die neue Auffassung der Exekutive mitgeteilt haben.

Moskau also entscheidet darüber, ob Paul Levi Vorsitzender der V.R.P.D. bleiben kann oder nicht. Die deutschen Mitglieder der V.R.P.D. haben nur die Moskauer Entscheidung mit gläubiger Andacht hinzunehmen. Ebenso ist der Vorsitzende der deutschen V.R.P.D. verpflichtet, wenn Moskau seine Ansicht über Stallen innerhalb 24 Stunden wechselt, sie gleichfalls in derselben Frist zu wechseln. Die Maoische Unterwerfung einer deutschen Partei unter den fremden Diktaturwillen um 2000 Kilometer entfernter Menschen kann nicht deutscher Illustriert werden, als durch dieses Schreiben.

Mit großer Entrüstung hat Ernst Däumig, der große federne Theoretiker der V.R.P.D. erklärt, als die finanzielle Unterstützung seines „Arbeiterates“ durch den Heimadienst bzw. die

staatsbürgerliche Arbeitsgemeinschaft bekannt wurde, er habe niemals mit diesen „Schmarogerplätzen“, mit dieser „Propaganda-Kloake“, mit diesen „Sumpfbüthen eines verrotteten Staatswesens“ etwas zu tun gehabt. Diese Schimpfursche Ernst Däumigs über Heimadienst und Arbeitsgemeinschaft sind sehr herb und ungerecht, aber sie treffen in diesem Falle nur — ihn selber. Denn wie die „Freiheit“ Däumig nachweist, hat dieser in der Zeitschrift „Das neue Reich“, die von der Arbeitsgemeinschaft herausgegeben wurde, eine ganze Reihe von Artikeln verfaßt. Außer ihm gehörte auch noch Richard Leichenmüller zu den Mitarbeitern dieser Zeitschrift, die jetzt von denselben ehrenfesten Herren Kommunisten als „Kloake“, „Sumpfbüthe“ usw. verschrien wird. Immerhin zahlte diese „Kloake“ unseres Wissens 100 Mark pro Artikel, und daran schienen Däumig und Leichenmüller keinen Anstoß genommen zu haben.

Simons weiß von nichts!

Auf die kommunistische Anfrage nach den 50 Goldmark-Millionen, die Lenin von der deutschen Militärbehörde erhalten haben soll, hat jetzt der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, folgende „diplomatische“ Antwort schriftlich erteilt:

Die Akten des Auswärtigen Amtes geben keinen Anhaltspunkt dafür, daß die russischen Politiker Lenin und Trotski aus Mitteln des Auswärtigen Amtes unterstützt worden wären oder daß das Auswärtige Amt einer Unterstützung dieser Politiker durch die deutschen Militärbehörden zugestimmt hätte.

Diese diplomatische Antwort wird niemandem genügen. Denn daß die Lenin-Millionen aus dem Auswärtigen Amt stammten oder daß dieses Amt ihrer Auslieferung zugestimmt hätte, war unseres Wissens weder von Bernstein behauptet, noch in der kommunistischen Anfrage unterstellt worden. Also wird schon eine ausführlichere Antwort von anderer Stelle erfolgen müssen, um sie glaubhafter erscheinen zu lassen.

Studentische Wahlen.

Am heutigen Vormittag haben an der Berliner Universität die Wahlen für die Studentenvorstellung begonnen. Es muß sich zeigen, ob die Studentenschaft sich die entscheidende Mehrheit sichert, die von den rechtsradikalen Parteien des deutschen Hochschulringes und der strupellosen Ausnutzung ihrer bisherigen Mehrheit betrieben wurde und unter dem Rubrum „Vertimpel und Genossen“ unsterblich geworden ist, noch länger gefallen lassen will oder nicht. Sachlich steht der rechtsradikale „Deutsche Hochschulring“ sein Hauptziel in der Hege gegen das heutige preussische Staatsministerium und in der Ausrichtung neuer Schranken zwischen Volk und Studentenschaft. So gern die Herren den Mund aufreihen, ebenso sehr haben sie solche Arbeit gescheut, so hat z. B. die stärkste Gruppe der Deutschvölkischen, die „Deutsche Finkenstaffel“, nicht einen einzigen Vertreter in das Wirtschaftsamit geschickt, wo es allerdings sozialwissenschaftliche Arbeit zu leisten galt.

Einige Mittelgruppen, wie der „Jungstudentische Ring“, und konfessionelle Gruppen, ferner der „Deutsche Hochschulbund“ und die „Berliner Hochschulgruppe“, verfolgen höchst unklare Ziele. Im Gegensatz zu ihnen hat die Fraktion der sozialistischen Studenten in 7 festumrissenen Punkten ihr Programm der Öffentlichkeit unterbreitet. Dieses geht davon aus, daß Hochschulfragen nicht von den Fragen des Volksganzen zu trennen sind, und verweist demgemäß auch die neben dem „nationalen Massenprogramm“ der deutschvölkischen Verbände aufgestellten Forderungen des demokratischen „Hochschulbundes“ und der „Berliner Hochschulgruppe“, die in volkreicher „akademischer Vergütung“ nur rein sachlich-akademische Forderungen kennen.

Die Fraktion sozialistischer Studenten fordert in der Erkenntnis, daß der Student nur ein Glied, kein Stand des Volkes sein kann, daß jedem einzelnen Volksgenossen der Weg zur höchsten Kulturpflanzungs- und -pflanzungsstätte offen stehen müsse, und hat daher auch an die Spitze ihres Programms die Forderung nach der Eingliederung der Hochschule in den Aufbau der Einheitschule gestellt.

Jedermann, der die studentische Reaktion an den Hochschulen gründlich bekämpfen will, möge die Liste der sozialistischen Studententraktion wählen. Die Wahlen finden vom 31. Januar bis zum 2. Februar statt.

das mit demselben niederdrückenden Gefühl von der Schmach, die auf die Menschheit gehäuft wurde.

Niemand kann diesen Mühschöpfen, aus gleichem Stoff gemacht wie wir, die unendlichen Tage wiedergeben, die man aus ihrem Leben stahl. Niemand die Entwürdigungen und die Qualen gutmachen, die sie würgten. Noch heute müssen sie sich wie Vieh durch die Gassen der Fremde treiben lassen. Ihr Platz daheim bleibt leer.

O ihr wunderbaren Erinnerungen an die seine Blüte, die aus der Kultur Europas Anno 1914 sprang!

H. G.

Das neue Europa. Eine statistische Uebersicht über die Staaten des neuen Europas, soweit eine solche bei den vielfach noch flüchtigen Grenzen heute überhaupt schon gegeben werden kann, veröffentlicht W. D. Haas in der schweizerischen Zeitschrift für Naturwissenschaften „Natur und Technik“. In bezug auf Größe, wie hinsichtlich der Bevölkerungszahl steht zwar immer noch Rußland an erster Stelle, aber das alte Riesennetz hat zu bestehen aufgehört; denn seine Bevölkerung dürfte die des neuen Deutschlands nicht mehr stark übertreffen. Deutschland selbst wurde durch Abtrennung verschiedener Gebiete der Größe nach auf die fünfte Stelle (477 000 Quadratkilometer) zurückgeworfen, behauptet jedoch der Einwohnerzahl nach mit seinen 60 Millionen Bewohnern immer noch die zweite Stelle. An die zweite Stelle des Gebietsumfanges ist Frankreich vorgerückt, das aber trotz seiner 60 000 Quadratkilometer mehr Fläche immer noch etwa 21 Millionen Einwohner weniger als Deutschland zählt. Unmittelbar hinter Frankreich folgt der Bevölkerungszahl nach Italien mit 28 Millionen, das jedoch über ein viel kleineres Gebiet (318 000 Quadratkilometer) verfügt und somit weit hinter als Frankreich besiedelt ist. Der alte österreichische Staat ist überhaupt verschwunden und in viele Teile zerfallen, von denen jeder merkwürdigerweise größer gerieten ist, als das Mutterland. Süd-Slavien ist der größte der Fläche (250 000 Quadratkilometer) nach, der zweitgrößte im Hinblick auf die Einwohnerzahl (12 Millionen). Die Tschechoslowakei ist der zweitgrößte in der Fläche (141 000 Quadratkilometer), der erste in der Bevölkerungszahl (23 Millionen). An dritter Stelle kommt Ungarn (87 000 Quadratkilometer) mit 7,5 Millionen Einwohnern. Der kleinste Teil an Fläche und Einwohner ist Deutschösterreich (84 000 Quadratkilometer und 6,2 Millionen Einwohner).

Ein deutsches Gymnasium. Die Oberkulturbehörde in Hamburg hat die Genehmigung zum Umbau eines hamburger Gymnasiums nach Art der Wickersdorfer freien Schulgemeinde gegeben, der von dem Lehrerkollegium vorgeschlagen worden war. Das Gymnasium soll nach dem Wunsch von Lehrer- und Elternschaft ein „deutsches Gymnasium“ werden. Ueber den Inhalt der Reformpläne sagt die Einleitung des Gymnasiums folgendes: „Ein gemeinsamer Unterbau führt von der Quinta bis zur Obertertia mit Englisch als einziger verbindlicher Fremdsprache und mit stärkerer Betonung des Deutschen. Außerdem hat es die Eternität der Schule ermöglicht. Wertunterricht von Quinta an einzuführen, und es wird für sprachlich Begabte das Französische bereits von den Tertianen an als Kursunterricht bei entsprechender

Entlastung geboten. Auf der Oberstufe, von Untersekunda an, steht die strengere Scheidung nach Kern- und Kursunterricht ein. Der Kernunterricht für alle verbindlich, hat nur Englisch als Fremdsprache neben vier Stunden Deutsch und vier Stunden Geschichte. Der Kursunterricht gebietet sich in drei Ränge: der deutschkundliche bietet zwei Stunden englischer Literatur und als wesentlichen Merkmal das neue Lehrbuch der „Deutschkunde“ anfangs mit drei Wochenstunden. Der fremdsprachliche Jura gewährt die Möglichkeit, von neueren Sprachen Französisch und Spanisch oder Latein zu lernen. Der mathematisch-naturkundliche Jura beschränkt sich im wesentlichen auf Mathematik und naturwissenschaftliche Praktika. Es ist gleichfalls vorzuziehen, Schüler mit starker technischer oder künstlerischer Begabung auf der Oberstufe zu lassen und bis zur Reifeprüfung besonders zu fördern. Die Pflege deutscher Kultur, die Einführung in deutsche Lebensart auf allen Gebieten geistigen Schaffens steht die neue Schule als erste Aufgabe.“

Der große Zauberer. Konstantin Mondton berichtet in einem kürzlich erschienenen Buch ein Erlebnis, das er unter den Eingeborenen von Neu-Guinea hatte. Die Wilden hatten ihm erklärt, ihre Redimänner seien viel mächtiger als die Weissen. „Seht genau auf meinen Mund“ sochte Mondton darauf und zeigte ihnen zwei prächtige Reihen schneeweißer Zähne. Die Wilden waren, wie der Dolmetscher erklärte, entsetzt von den starken Zähnen des weissen Mannes. Flugs wandte er ihnen den Rücken, stieß die Zähne in die Tasche und zeigte den Wilden einen vollkommen geschlossenen Mund. Ein Ruf des Schreckens und Entsetzens erhob sich unter den Eingeborenen. Sie sahen sich mit ängstlichen Blicken um, ob nicht ein böser Geist auf sie lauerte. Der Kaplan drehte sich wieder um, hielt sich ein Taschentuch vor den Mund, und stieß darauf grinsend er wieder mit weissen Zähnen an. Wie erklärten einstimmig: „Der weiße Häuptling ist größer und mächtiger als alle unsere Zauberer.“ Von diesem Augenblick an genoh Mondton ein unbefchränktes Ansehen unter den Eingeborenen.

Magus's Ghrtschele beantwortet Donnerstag, den 3. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula, Alsterd. 9/10, schriftliche Fragen aus dem Publikum am 6. Februar, abends 8 Uhr, Dr. Decker in der Aula, Alsterd. 9/10.

Heber Berliner Humor von 1848-1918 (m. Resl.) bricht am Mittwoch, 3. Februar, abends 8 Uhr, Dr. Decker in der Aula, Alsterd. 9/10.

Der Künstlerbund (Clara-Rose-Bühnen) veranstaltet seinen 6. Vortragabend 7 1/2 Uhr, am 5. Februar, abends 8 Uhr, in der Berliner Secession mit Lola Landau und Walter Teich und seinen 7. Abend am 6. Februar, abends 8 Uhr, im Künstlerhaus mit Wilhelm Blum und drei anderen Berlin und Martha Hartmann (Ueßing-Theater) und Berlin Gullik Witten.

An der neuen Kunstausstellung (Taubenplatz, 6) findet vom 1. Februar bis 1. März eine Ausstellung der graphischen Arbeiten des Bismarck-Künstlers C. E. U. D. statt.

Die Musikalischen Gesellschaften von Dr. Erich Richter werden mit teilweiser neuem Programm am 6. bis 9. und 13. bis 14. Februar im Saale des Ueßing-Kinemas (Seidenstr. 13) durch ihren Verfasser und dessen händige kleine Künstlertruppe zur Aufführung gebracht.

Simons über die Pariser Beschlüsse.

Am 1/2 Uhr nachmittags gab der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons im Reichstage eine Erklärung über die Wiedergutmachung ab. Der Reichstag wurde darauf für heute vertagt.

Die Partei der Armen.

Aus dem Flugblattregen, der sich zurzeit aus den geborstenen Wälfen reaktionärer Ingrimms über die unglückseligen Preußenwähler ergießt, haben wir uns ein besonders schönes Flugblatt der Deutschen Volkspartei herausgeholt, weil es zum härtesten Teile die alle abgehandelte Reichsverbandslage über in „kleinreich“ sozialistischen Führer aufwärmt.

Wir gestehen zu, daß die Deutsche Volkspartei die einzige berechnete Partei ist, um sich mit sittlichem Pathos über reiche Führer zu entrüsten. Denn an ihrer Spitze stehen bekannterweise zwar Bettelarme, aber persönlich durchaus ehrenhafte Männer, es sei nur erinnert an Herrn Hugo Stinnes, Herrn Generaldirektor Bögler, Herrn Stresemann usw. Obendrein bemüht sich die Partei, wie das angeführte Flugblatt zeigt, um die materiell armen rheinisch-westfälischen Schwerindustrieurten auch nach die geistig Armen aus ganz Deutschland zu sammeln. Die „Deutsche Volkspartei“ wird den Namen „Partei der Armut“ künftig in ihren offiziellen Titel aufnehmen. Wie wir erfahren, hat sie bereits eine Kollekte für die unterernährten und hungernden Kinder des Herrn Stinnes eingeleitet.

Der Abstimmungskampf in Oberschlesien.

Wegen das Abstimmungsreglement.

München, 31. Januar. (M.B.) Am Sonntag vormittag hatten sich im großen Saal des Hotels Wagner Tausende von Angehörigen der verschiedensten Berufsstände und Parteien zu einer Kundgebung gegen die Vergewaltigung des Abstimmungsrechtes in Oberschlesien zusammengeschlossen. An der Versammlung nahmen u. a. auch Ministerpräsident v. Rahr und Staatsrat Meinel teil. Einstimmig wurde eine Entschließung an die Reichsregierung angenommen, in der schärfster Einspruch gegen die Vergewaltigung des gerechten und unbeeinträchtigten Stimmrechts in Oberschlesien erhoben und die Reichsregierung aufgefordert wird, daß sie sich mit aller Entschiedenheit gegen das Abstimmungsreglement wende und namentlich für die Forderung aller Oberschlesier, an ein und demselben Tage abzustimmen, mit aller zu Gebote stehenden Kraft eintrete.

Schiffsbau und Schiffsablieferung.

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde Montag der Etat des Wiederaufbauministeriums weiter besprochen. Auf Anfrage über die Wiedergutmachungsleistungen von Schiffen an die Entente und dem Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte erklärte Ministerpräsident v. Rahr, daß die Regierung die wirtschaftlichen Ermäßigungen, die gegen die Abgabe eines so großen Schiffsraumes (Rheinische gemäß amerikanischem Schiedspruch und etwa 800 000 Tonnen zur Reparatur) anerkennt und mit der Entente in vorläufiger Weise in Abklärung getreten sei zwecks Berührung über die Frage, ob eine Abdeckung des jetzt verlangten Schiffsraumes durch Reparaturen von Neubauten möglich sei. Die Verhandlungen über diese Frage schweben noch. Reichsminister v. Rahr (Dem.) schlägt vor, die für den Handelsflottenbau angeforderten

Uebersteuerungszuschüsse von 900 Millionen Mark

ohne Aussprache zu bewilligen, da sie die Konsequenzen des Uebersteuerungsabkommens zwischen den Reedern, den Werften und dem Reiche seien. Abg. Braun-Frankon (Soz.): Es kann doch nicht wie bei der Festlegung des Abkommens im Jahre 1917 noch daran gedacht werden, eine Handelsflotte zu bauen, wie wir sie in der Zeit vor dem Kriege hatten. Unsere Exportausfichten sind auf das tiefste hinuntergebrückt; bei der jetzigen Ententeforderung der Ausfuhrprämie werden alle deutschen Exportausfichten oblitiviert. Wichtig wäre auch zu erfahren, was die rheinisch-westfälischen Eisenindustriellen durch die hinausschraubung der Eisen- und Stahlpreise an diesem Etatposten

verdiene haben und noch verdienen.

Staatssekretär Müller (Wiederaufbauministerium): Das sogenannte Uebersteuerungsabkommen stellt einen Betrag der Regierung mit den Reedern dar. Bis Mitte 1920 haben sich die Anforderungen der Reeder aus diesem Abkommen befriedigen lassen. Seitdem sind diese Leistungen aus dem Abkommen aber erheblich gesunken, was mit dem allgemeinen Steigen aller Preise und mit der stärkeren Anlieferung von Schiffbauauftrag seit etwa August v. J. zusammenhängt. Das Abkommen ist revisionsbedürftig. Die Verhandlungen schweben. Bei der Etatforderung von 900 Millionen Mark handelt es sich aber nicht um kapitalistische Interessen der Reeder, sondern um eine Summe, die in der Hauptsache für die Werftbeschäftigung der Werftarbeiter verwendet wurde. Hiermit genehmigt der Hauptauschuß förmliche Etats- und Nachtragspositionen des Reichsministeriums für Wiederaufbau.

Wirtschaft

Wohin mit der Saarkohle?

Auf den Saargruben werden, nach Mitteilung der französischen Bergwerksverwaltung, zunächst am 31. Januar und am 5. und 7. Februar Feiertagsarbeiten eingeleitet werden, da in der wirtschaftlichen Krise eine Absatzkrise eingetreten ist und die Haldeberge bereits überfüllt sind. Die Krise wird als vorübergehend angesehen, da Verhandlungen im Gange sind, um Saarkohle nach Italien und der Schweiz auszuführen. Auch mit Deutschland sollen Verhandlungen schweben, um auf dem Wege des Austausches von Ruhrkohle Süddeutschland mit Saarkohle zu versehen. Wieder ein Koller Beweis für die vollkommene Ueberflüssigkeit der Kohlenverpressung an Deutschland!

Vom Kaffee. Nach dem Marktbericht der Firma Gebr. Gaus ist die zukünftige Gestaltung der Butterverteilung immer noch unklar. Nach Margarine ist die Nachfrage nicht groß. Insofern ist zu den amtlichen Preisen von 11,50 M. keine Ware mehr abzugeben; es müssen erhebliche Preisnachlässe gemacht werden. Die Schmelzpreise eines Insoles der künftigen Devisenkurve anzuwenden wird. Da Schmalz jetzt das höchste Preis ist, ist der Konsum darin sehr stark. Die heiligen Rotierwaren schweben bei den einzelnen Sorten im Großhandel zwischen 9 M. und 11,75 M.

Ein großer Schrotkauf. In scharfer Konkurrenz, besonders gegen ausländische Firmen, erhält die Berlin-Burner Eisenwerk A.-G. Berlin, durch die Wiedergutmachungskommission der Entente, Berlin, den Zuschlag auf das gesamte in Deutschland lazierende russische, belgische und japanische Deutematerial (Munition und ähnliches Kriegsgüter), im Werte von mehr als 40 Millionen Mark. Dadurch werden der deutschen Volkswirtschaft große Mengen Material zur Verordentlichung zugeführt werden.

England gibt die Farbensubstanz frei. Die Beschränkungen für die Ausfuhr von Farbstoffen aus England werden vom 1. Februar ab aufgehoben werden.

Groß-Berlin Halb „um Gottes Lohn“.

Zu unserer in Nr. 42 (26. Januar) gebrachten Notiz „Die vergeblichen Organisten“ teilt man uns mit, daß im Reich der Berliner Stadtsynode auch die Leichenräger über eine recht stichtätliche Behandlung klagen müssen.

Die Leichenrägerarbeit wird meist im Nebenberuf ausgeübt, abgesehen von einigen großen Kirchengemeinden, die ungewöhnlich viel Beerdigungen haben und daher Leichenräger voll beschäftigen können. Hausportiers und kleine Handwerker, die ihr kitzliches Einkommen durch Nebeneinnahmen aufbessern wollen, bilden die Mehrheit der Leichenräger. Noch bis vor wenigen Monaten wurden diese Leute von den Kirchengemeinden so erbärmlich bezahlt, daß sie halb „um Gottes Lohn“ arbeiteten. Inzwischen ist eine Verdoppelung der Trägerlöhne bewilligt worden, aber auch jetzt sind sie noch so mäßig, daß die Leichenräger dabei wirklich nicht übermäßig werden können. Eine fürstliche Entlohnung ist es nicht, wenn jetzt ein Leichenräger z. B. für eine Leichenüberführung auf Entfernungen bis zu 3000 Meter bei Beerdigung im Reihengrab 6 M., auf einer Bahnhofs-, Sittenstraße oder reservierten Stelle 9 M., auf einer Erbbegräbnisstraße 12 M. und für jede weitere 1000 Meter 2 M. erhält. (Die Entfernung gemessen in Luftlinie vom Trauerhaus bis zum Friedhofstor.) Der Träger macht den Weg von seiner Wohnung zum Trauerhaus, muß dort manchmal ziemlich lange auf den Empfang der Leiche warten, begleitet dann den Leichenwagen in dem bekannten langsamen Tempo vom Trauerhaus zum Friedhof, schloßt die Leiche nach der Halle und kehrt darauf zum Friedhof nach seiner Wohnung zurück. Das dauert alles in allem 3-3 1/2 Stunden, und wenn er für den Weg von und nach seiner Wohnung die Strohhahn benutzte, so muß er für den Zeitgewinn eine Lohnschmälerung hinnehmen, da er ja das Fahrgeleit selber zu bezahlen hat. Daß der Leichenräger für Stiefel, schwarze Kleidung und Zylinderhut beträchtliche Ausgaben hat, zumal da er als Begleiter des Leichenwagens auch bei strömendem Regen ohne Schirm und auf dem Strohhahn gehen muß, das leuchtet wohl ohne weiteres ein.

Lebrigens wird noch eine andere Tätigkeit im Kirchendienst, die gleichfalls nur Nebenberuf ist, nämlich die Arbeit des Bälgeretens, sehr larg entlohnt. Eine Vergütung von nur 3 M. pro Gottesdienst, also beim Vormittagsgottesdienst für etwa 1 1/2 Stunden, ist doch geradezu erbärmlich.

Achtung, Frauen!

Brk. Am 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Frauenversammlung in der Schulaula Bürgerstraße. Referentin: Genossin Antonie Pfäff, M. d. R. Thema: „Die Frau und die Landtagswahlen“.

Erptom. Heute abend (31. Januar) öffentliche Frauenversammlung in der Schulaula Widenbruchstraße. Referentin: Genossin Gertrud Hanna, M. d. L.

Das Arbeitskleid der Frau.

In der Aula des Berner-Siemens-Realgymnasiums in Schöneberg wurde eine Schau von Kleidern für berufstätige Frauen veranstaltet. Diese Veranstaltung verlief, ob der schlichten Einfachheit und der Natürlichkeit der ganzen Ausmachung, nicht nur anregend, sondern auch stark werdend. Es war keine Modenschau und keine modifizierende Demonstration, man sah keine erstickte deutsche Tracht, sondern Kleider für berufstätige Frauen. Das Arbeitskleid aber verlagte bislang die Modeindustrie den Frauen. Die jedoch müssen wieder Verständnis für ihren eigenen Körper bekommen. Und bei dem Erkennen aller Verwendungsmöglichkeiten und dem Verzicht alles Ueberflüssigen wurden vor treffliche Wirkungen erzielt, z. B. allein schon dadurch, daß der sichtbare Schluß als Schmudmativ gebraucht wurde. In geschmackvollen Farbzusammenstellungen wurden ganz eigene Wirkungen erzielt. Lobenswert war ferner, daß gerade bei den Kleidern die Veränderungsmöglichkeit innerhalb einer Form gezeigt wurde. Wissenswerte Mittelungen wurden über wach- und lichtechte Stoffe nicht nur gemacht, sondern solche Stoffe auch gezeigt.

In einer lebhaften Diskussion gab Frau Ute Müller-Oestreich nie ermüdend Auskunft und zeigte den Frauen, die sich zu ihren Ideen bekennen, neue Wege.

Berlin als Flottenbesitzer.

Der Magistrat Berlin hat die Bürgerschaft für ein Darlehen von 30 Millionen Mark der „Gemeinnützigen Hochseefischerei-Gesellschaft Groß-Berlin G. m. b. H.“ in Gesehmünde in Höhe von 75 Proz. übernommen, damit drei alte Fischdampfer zum Preise von je 400 000 M., fünf Neubauten von je rund 1 940 000 M., drei Isanddampfer von je 250 000 M. und vier weitere Neubauten von je 5,1 Millionen Mark übernommen bzw. ausgeführt werden können. Im billige, gute und frische Fische nach Berlin zu bringen, war es erforderlich, sich unabhängig zu machen. Die Gesellschaft möchte deshalb den Fischfang selbst im großen ausüben. Das Reich bestreite die Ansprüche des Feindbundes auf Fischdampfer aus den für die Gemeinden vorgesehenen Schiffen. Die Gemeinden müssen deshalb selbst für die Dampfer sorgen und haben die Dampfer gechartert, die sie erhalten konnten. Die genannte Gesellschaft hat bereits vier neue Dampfer bei der Firma J. C. Tacklenburg bestellt. Im nächsten Monat werden zwei davon in Gesehmünde vom Stapel laufen. Die beiden anderen stehen ebenfalls vor der Fertigstellung. An der Kubierung der Mittel will sich auch die Gesehmündener Sparkasse beteiligen.

Berlin wird also mit Gesehmünde in Zukunft über eine kleine Flotte verfügen und hoffentlich damit Glück haben.

Polnische Schlagring-Agitation.

Die bevorstehende Abstimmung in Oberschlesien fordert die polnische Agitation auch in Berlin zu erhöhter Tätigkeit heraus. Welche gewandigen Persönlichkeiten dabei in Betracht kommen, lehrt der folgende Fall:

Gestern nachmittags beobachtete der Polizeimajor Gerhardt von der Berliner Schutzpolizei einen polnischen Agitator, der in einer Gruppe von Oberhieslern lebhaft Propaganda für die Abstimmung in polnischer Sprache machte. Er folgte der Gesellschaft nach einem Lokal in der Friedrichstraße, gab sich hier dem Agitator als Polizeibeamter zu erkennen und wollte ihn festnehmen. In demselben Augenblick zog der Pole einen Schlagring aus der Tasche und verlegte dem Major einen so wichtigen Hieb ins Gesicht, daß er für einige Augenblicke die Besinnung verlor. Diesen Moment benutzte der Täter, um aus dem Lokal zu entweichen und in der Menge zu verschwinden. Der verlegte Beamte wurde nach der nächsten Woche der Schutzpolizei gemeldet. Ein Arzt stellte bei Anlegung eines Verbandes fest, daß das Nasenbein gebrochen worden war.

Verbrecherjagd in Hohenneuendorf.

Eine fünfköpfige Einbrecherbande staltete gestern abend dem Amtsvorsteher Stankewitz in Hohenneuendorf einen Besuch ab, stach im Stalle mehrere Schweine und zwei Ziegen ab und suchte mit der Beute auf Hohenneuendorf das Weite. Unmittelbar darauf wurde der Diebstahl bemerkt und auf die Alarmrufe eilte der Hilfswachtmeister U. von der Berliner Schutzpolizei, der nach einem Besuch bei Bekannten auf dem Bahnhof Stolpe einen Zug erwartete, nach der Berliner Straße. Kaum hatte er hinter einem starken Baum Deckung genommen, als er fünf Radfahrer auf sich zukommen sah. Trotz der Ueberzahl sprang der Beamte hervor und rief den Radlern ein Halt zu, das aber von diesen mit drei Schüssen erwidert wurde. Der Beamte gab darauf ebenfalls mehrere Schüsse auf die Flüchtenden ab, wodurch zwei der Burken getroffen wurden, von denen einer sofort zum Rade fiel. Die anderen drei jagten dem Bahnhof Hohenneuendorf zu, verfolgt von dem Hilfswachtmeister. Unterwegs traf dieser den Kriminalwachtmeister D. aus Bergelde, der den anderen Verletzten mit sich führte. Während nun der Hilfswachtmeister nach dem Bahnhof Hohenneuendorf eilte, begab sich der Kriminalbeamte nach dem Bahnhof Stolpe, um eventuell auch die anderen Räuber ergreifen zu können. Als U. auf dem Bahnhof eintraf, setzte sich der Berliner Zug bereits in Bewegung. Er sprang noch schnell hinauf und sah, wie zwei Männer ebenfalls noch im letzten Augenblick den Zug erreichten. In Stolpe wurde der Zug von dem Kriminalbeamten angehalten und durchsucht, doch waren die beiden Verdächtigen nach Ausfragen von Fahrjägern schon während der Fahrt aus einem Abteil hinausgesprungen und quersicheln davon gelaufen. Beim Absuchen fanden die Beamten im Thunfischgraben drei Fahrräder und mehrere Säcke mit 6 Zentnern Schweinefleisch und zwei geschlachtete Ziegen. Die beiden verwundeten Einbrecher wurden im Stationsgebäude Stolpe von einem Arzt verbunden und dann dem Amtsvorsteher ausgeliefert.

Der sparsam wirtschaftende Bäckermeister.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte erzählte gestern ein Bäckermeister Montewski aus der Prinzenallee, welche Mengen Mehl man erbringen könne, wenn man beim Backen vor sichtig damit umgeht. 89 Kilogramm schönes Getreidemehl waren einem ihn besuchenden Revisor der Berliner Großverförmung in die Hände gefallen, und das brachte den Meister in den schlimmsten Veracht, das Mehl im Schleichhandel erworben zu haben. Er bestritt es, aber vor Gericht wurde u. a. bekundet, daß er einmal von einem Revisor einen Sack Roggenmehl und einen Sack Weizenmehl für zusammen 600 M. gekauft hatte. Auch sprach zu seinen Ungunsten, daß während der Revision ein paar Sack Mehl nach der Remise geschafft wurden, angeblich Hafermehl, das an den Lieferanten zurückgegeben werden sollte. Dem revidierenden Beamten hatte der Meister den Mehlbestand an Mehl auch damit erklären wollen, daß das Mehl ungewöhnlich ergiebig gewesen sei. Der Revisor aber bekundet vor Gericht, daß in einem anderen Prozeß der Innungsoberrichter Müller als Sachverständiger verifiziert habe, es sei ausgeschlossen, beim Backen eine Mehlmenge an Mehl zu erzielen, jede bei einem Bäcker vorgefundene Mehlmenge sei nach seiner Meinung im Schleichhandel erworben. Das Gericht glaubte nicht an einen so bedeutenden Erfolg der sparsamen Backerei des Meisters Montewski und sprach ihn schuldig des Schleichhandels. Der Amtsanwalt hatte vier Wochen Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe beantragt. Das Urteil lautete auf eine 3 w o h e Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe oder noch 200 Tage Gefängnis.

Vorläufige Selbstmörder. Am Ufer der Spree vergiftete sich der 58 Jahre alte Kaufmann Alfred Weber aus der Pannewitzstraße 41. Ein Beamter der Schutzpolizei fand ihn am Reichstagsufer tot auf der Bänke liegen. Der Mann hatte sich wahrscheinlich nach dem Genuß des Giftes auch noch ins Wasser werfen wollen, was aber wegen der schnellen Wirkung des Giftes nicht mehr gekommen. Was ihn zum Selbstmord veranlaßte, ist nicht bekannt. — Aus Schmermut erschoss sich in einem Hotel am Bahnhof Friedrichstraße ein 51 Jahre alter Kaufmann Georg Wellig. Ein Angestellter des Hotels, der einen Schuß hören hörte, fand ihn in seinem Zimmer tot im Bette liegen. Der Gast hatte zu dem letzten Akt zwei Pistolen mit je fünf Schuß mitgeführt, aber schon der erste Schuß wirkte tödlich.

Großmächtige Diebe. Den vielen Ausflüglern bekannten Wirt von Nikolstoe, Herrn Bernhard, hatten Diebe unlängst einen Besuch abgestattet und sein gesamtes Silberzeug mit sich gehen lassen. Auch Silber- und Goldmünzen im Werte von etwa 23 000 Mark nahmen die Diebe mit. Nun erhielt Bernhard ein Postpaket, in dem sich das Silberzeug befand, auch 200 M. Goldgeld war beigelegt. Die Diebe sind anscheinend durch den Verkauf des Goldgeldes reichlich auf ihre Kosten gekommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Montag, den 31. Januar:

120. Mt. (Pantow), 7 Uhr Sitzung aller Verwaltungskomitees im „Türkischen Zelt“.

Gewerkschaftsbewegung

Massenentlassung von Posthilfern.

Seit längerer Zeit ist die Leitung der gewerkschaftlichen Organisation der im Post- und Telegraphendienst beschäftigten Hilfskräfte (Transportarbeiterverband) bemüht, durch Verhandlungen mit den zuständigen Behörden die drohenden Massenentlassungen abzumildern und für die Kurzarbeiter im Postbetriebe bessere Verhältnisse zu schaffen. Das ist aber nicht gelungen. Das Reichspostministerium steht auf dem Standpunkt, daß die Arbeitsleitung unhaltbare Verhältnisse erzeuge, sich auch nicht allgemein durchführen lasse und daß deshalb alle entbehrlichen Hilfskräfte entlassen werden sollen. Die Organisationsleitung ist der Meinung, daß die Entlassungen nicht unbedingt notwendig sind, da im Postbetriebe kein Arbeitsmangel herrscht, sondern die Beamten nach in letzter Zeit Ueberstunden machen mußten, während die Halber verkleinert arbeiteten. Es wird darauf verwiesen, daß die Oberpostdirektion Berlin am 20. Januar an 80 höhere Mädchenschulen ein Rundschreiben verfaßt hat, worin junge Mädchen und junge Witwen als Bewerberinnen auf Beamtenstellen gesucht werden. Die Postverwaltung will also die Hilfskräfte abstoßen und den Stab der ständigen Beamten und Beamtinnen vermehren. Alle Versuche der Gewerkschaft, die Helfer vor der Entlassung zu schützen, sind an dem Widerstande des Postministeriums gescheitert. So blieb also nichts weiter übrig, als die Härten der Entlassung nach Möglichkeit auszuhalten. Durch Verhandlungen mit dem Reichspostministerium ist eine Verfügung zustande gekommen, welcher der Zentralbetriebsrat und die in ihm vertretenen wirtschaftlichen Vereinigungen zugestimmt haben. Die Verfügung bestimmt in der Hauptsache:

Die Arbeitsleitung wird aufgehoben, die dadurch entbehrlich werdenden Hilfskräfte werden entlassen, auch alle sonstigen entbehrlichen Hilfskräfte sind außer Beschäftigung zu setzen. Durch Verhandlung mit den örtlichen Betriebsvertretungen ist alsbald festzustellen, welche Personen zu entlassen sind. Die zu Entlassenden sind sofort zu kündigen und, damit sie sich nach anderer Beschäftigung umsehen können, unter Auszahlung der ihnen zustehenden Bezüge sogleich vom Dienst zu entbinden. Die Entlassenen bekommen den vollen Lohn für vier Wochen, wenn sie wenigstens sechs Monate, für sechs Wochen, wenn sie 1-5 Jahre und für acht Wochen, wenn sie länger als 5 Jahre im Postdienst beschäftigt waren. Die vom Reichstage beschlossene Teuerungszulage der Lohnempfänger ist

